

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **Aktuell**

M-V und die Krise

■ **Sondersitzung**

Haushaltsplan
2010 / 2011

■ **Änderung**

Rauchen in Eckkneipen

■ **Zusammenarbeit**

Konferenz der
Ostseeparlamentarier



21. Oktober
7 / 2009

Seite 3

Spezial

18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Nyborg

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Mecklenburg-Vorpommern und die Krise

Seiten 6 – 10

Weitere Themen:

Zwischenbericht der Enquete-Kommission
Änderung Nichtraucherschutzgesetz M-V
Europafähigkeit der Landtage und Mitwirkung an Vorhaben der EU
Armut wirksam bekämpfen
Einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem

Seite 11

Sondersitzung

Erste Lesung Haushaltsgesetz 2010/2011

Seiten 12 – 17

Auszüge aus der Debatte:

Entschießung zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges

Seite 18

Aus den Ausschüssen**Wirtschaftsausschuss:**

Sondersitzung zur Situation und Perspektive der Werften

Innenausschuss

Anhörung zum
Finanzausgleichsgesetz

Seite 19

Panorama

Neubrandenburger Philharmonie in Brüssel
Landtag vor Ort

Titelbild (Uwe Sinnecker)

Türme des Schweriner Schlosses

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Feste der Demokratie



Foto: Hans-Dieter Hentschel

■ *Wahlen sind Feste der Demokratie. Dass der Wahlabend nicht für jeden ein Fest ist, hat damit nichts zu tun. Auch wenn es in unserer Demokratie selten passiert, dass sich Verlierer zu Gewinnern erklären, hat man manchmal den Eindruck, dass es Wahlverlierern schwer fällt, das Wahlergebnis zu verstehen.*

Wann hat das eigentlich angefangen? Nicht die Politik sei schlecht, sondern die Politikerklärung, erzählen uns alle vier oder fünf Jahre die Wahlverlierer, egal welcher Partei. War Gerhard Schröder der erste, der von seinen Marketingstrategen aufgeschrieben bekam, die Agenda 2010 sei nur schlecht erklärt?

„Ich habe nicht gesagt, dass wir schlechte Politik gemacht haben, sondern dass in der Wahrnehmung der Wähler andere Parteien die Erwartungen an die Wirtschaftspolitik und bei der Gerechtigkeit besser bedient haben“, sagte Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender Erwin Sellering am Montag nach der Bundestagswahl. Am Montag nach dem 16,6 Prozent-Ergebnis. Am Montag nach den 23 Prozent im Bund. Ist es wirklich so einfach, dass das, wofür die SPD programmatisch stehen will, lediglich andere Parteien glaubwürdiger besetzt haben?

Man muss zur Entgegnung nicht gleich mit der Feuerbach-Keule daherkommen: „Das Sein kann nicht vom Bewusstsein, das Bewusstsein nicht vom Sein abgetrennt werden.“ Und es geht ja auch gar nicht um die Reformation der Philosophie, sondern um die Ehrlichkeit der Politik. Deren gute Qualität ist eben mehr als eine Anhäufung von irgendwelchen Quantitäten. Es müsste auch gesichert sein, dass diese Quantitäten gut sind. Ein Quantum Güte für das Volk.

Klar, bei den Wahlgewinnern ist die Politik immer richtig gewesen. Und die Erklärung obendrein. Wenn die FDP jetzt ihren großen Erfolg am 27. September darauf zurückführt, dass sie vor der Wahl eine klare Linie hatte, und sich der Wähler nach der Wahl auch darauf verlassen könne – und dies obendrein noch gewusst habe, dann kann man das als Politiker der Liberalen so verkaufen. Mit Verlaub, ist es halt immer einfacher, einen Erfolg zu begründen als einen Misserfolg.

Max-Stefan Koslik ist Redaktionsleiter der mv:m redaktion gmbh, die die überregionale Berichterstattung für den Nordkurier, die Schweriner Volkszeitung, die NNN, den Prignitzer und den Uckermark Kurier übernommen hat. Er ist Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz und berichtet seit 1990 aus Landtag, Regierung und Parteien in Mecklenburg-Vorpommern.

Dennoch und gerade deshalb gilt: Die Abwesenheit von Erfolg ist gleichzeitig das Resultat einer schlechten Politik. Von Politik, die sich von den Menschen entfernt. Wenn Volksparteien auf unter ein Viertel der Zustimmung aus dem Volk abrutschen, dann verlieren sie ihre Verankerung im Volk.

Politiker beklagen sich gelegentlich über eine Politikmüdigkeit der Menschen. Und befördern diese doch. Befördern sie durch Wortbruch, halbherzige Bekenntnisse für oder gegen Koalitionen, für oder gegen Agenden, befördern sie durch schwindende Grundsätze, durch Verantwortungsfucht. Wie oft kommen denn Politiker mit den Menschen zusammen? In Wahlkämpfen, notfalls noch in Regional-Konferenzen wie derzeit zur Verwaltungsreform im Land, auf Parteitagen? Wohl kaum. Ja gewiss, im Wahlkreis. ... Aber das hängt schon von jedem Einzelnen persönlich ab.

Im Landtag sind die demokratischen Parteien auf einem guten Weg. Das Parlament hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder öffentlich präsentiert. Es gibt den Tag der offenen Tür im Schloss – an dem die Fraktionen jedem Neugierigen Rede und Antwort stehen. Das Interesse zeigen Besucherzahlen in die Zehntausende. Das sollte man sich unbedingt erhalten! Den MV-Tag der Landesregierung gibt es ja inzwischen nur noch alle zwei Jahre. Schade.

Und doch eine Bemerkung zum Schluss: Seit vier Jahren erhält der Landeswahlleiter bei Bundes-, Europa- oder Kommunalwahlen regelmäßig eine Absage aus dem Ältestenrat, wenn er am Wahlabend das Landeswahlzentrum im Landesparlament einrichten und die Wahlergebnisse hier öffentlich verkünden will. Sollten Wahlen nicht Feste der Demokratie sein? Von denen man jedes mit dem Volk feiert. Dies hat nichts mit der SPD zu tun, aber mit der Politik.

Max-Stefan Koslik

Brücken bauen

Kooperation im Ostseeraum verstärken

■ **Zusammenarbeit, maritime Sicherheit sowie neue Sicherheitsbedrohungen in der Ostseeregion waren die diesjährigen Schwerpunkte der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz, die mit rund 180 Teilnehmern aus 15 Parlamenten und parlamentarischen Vereinigungen vom 30. August bis 1. September 2009 im dänischen Nyborg stattfand.**

Die Ostseestrategie der Europäischen Union, die unter schwedischer Ratspräsidentschaft bis Ende 2009 verabschiedet werden soll, bildete den Rahmen der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) für politische Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten, den Ostseerat und die EU. Ziel ist, die Ostseeregion in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht zu stärken und zu einer wettbewerbsfähigen Modellregion in Europa zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist die EU-Strategie insbesondere mit den Politikfeldern der Nicht-EU-Staaten Norwegen, Island und Russland unter Einbeziehung der Politik der Nördlichen Dimension zu koordinieren, um sämtliche Interessen dieses Großraumes so weit wie möglich zu berücksichtigen.

Wichtige Beratungsgegenstände der BSPC waren die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen „Energie- und Klimapolitik“ sowie „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“. Als wesentlich wurden eine abgestimmte Energiestrategie für die Ostseeregion, ein Aktionsplan zur Kraft-Wärme-Kopplung und Gebäudesanierung sowie innovative energiepolitische Maßnahmen zur Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise herausgestellt.

Die Konferenz schloss sich in ihrer Resolution den Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ an, für Pendler weitere Informationszentren für grenzüberschreitende Fragen zum Arbeitsmarkt im östlichen und südlichen Bereich der Ostseeregion zu eröffnen und junge Menschen bei ihrer Berufswahl und Ausbildung stärker zu unterstützen. Mit besonderen Maßnahmen, wie beispielsweise Integrationsplänen und Vermittlung von Zusatzqualifikationen, soll der Jugendarbeitslosigkeit begegnet werden.

Zur ökologischen Sanierung der Ostsee erachteten die Konferenzteilnehmer die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktions-

planes als wesentlich. Elementar sei dabei, dass die nationalen Aktionspläne, die im Mai 2010 während der Umweltministerkonferenz in Moskau verbindlich verabschiedet werden sollen, zügig und ohne Abstriche umgesetzt werden.

Als offizielle Beobachterin der Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM trat Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider dafür ein, dass sich die Politik vom klassischen Kosten-Nutzen-Denken verabschieden müsse. Die Frage dürfe nicht mehr lauten: Was kostet der Umwelt-, Klima- und Meeresschutz? Vielmehr müsse sich die Politik fragen, wie hoch die Kosten des Nicht-Handelns seien. Experten führten dazu aus, dass der Mehrwert einer gesunden Ostsee mit mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werde, wovon insbesondere der Tourismus profitieren könnte.

Zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit ist auf Initiative des Landtages Mecklenburg-Vorpommern die Forderung nach einem flächendeckenden See-

raumüberwachungssystem für die gesamte Ostsee (SUCBAS) in die Resolution aufgenommen worden. Für diese Forderung war insbesondere Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel eingetreten.

Angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen erläuterte der Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern, Professor Ingmar Weitemeier, aktuelle Bedrohungslagen und die Situation bei der grenzüberschreitenden Kriminalität. Er begrüßte die von der Ostseeparlamentarierkonferenz geführte inhaltliche Auseinandersetzung. Zudem trat Weitemeier dafür ein, dass sich die Parlamente vertieft mit diesen neuen Herausforderungen befassen.

Den Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist es in diesem Zusammenhang gelungen, die Forderung in die Resolution einzubringen, dass effektiver als bisher gegen alle Formen der organisierten Kriminalität vorgegangen werden muss und eine engere Kooperation durch die systematische Nutzung aller bestehenden rechtlichen Regelungen und Möglichkeiten notwendig ist.

Gastgeber der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz wird Ende August 2010 das Parlament der Åland-Inseln sein.



Vertraten den Landtag in Nyborg: v.l.n.r. Gerald Gutzeit, Landtagsverwaltung; Detlef Müller, SPD-Fraktion; Renate Holznagel, Landtagsvizepräsidentin; Birgit Schwabs, DIE LINKE-Fraktion; Wolf-Dieter Ringguth, CDU-Fraktion; Sylvia Bretschneider, Landtagspräsidentin; Prof. Ingmar Weitemeier, Landeskriminalamt; Bodo Bahr, Landtagsverwaltung.

Opposition kritisiert Krisen-Management der Regierung

Aktuelle Stunde mit erhitzter Debatte

■ **DIE LINKE** hat in der von ihr beantragten **Aktuellen Stunde** am **23. Oktober** die Landesregierung und deren Vorgehen gegen die Krise in Mecklenburg-Vorpommern scharf kritisiert. Sie warf der Koalition vor, weder ein Antikrisen- noch ein Zukunftsprogramm zu haben. Redner der Regierungsfractionen wiesen die Vorwürfe wenige Tage vor der Bundestagswahl als Wahlkampf-taktik zurück.

Die Krise habe Mecklenburg-Vorpommern erreicht, sagte der Fraktionschef der Linken, **Helmut Holter**. Er warf „einer Reihe von Kabinettsmitgliedern“ vor, „ihre Verantwortung nicht oder nur stümperhaft“ wahrzunehmen. Er nannte unter anderem Innenminister Lorenz Caffier, der sich als Demokrat „dückt“, sich aber benehme wie „ein Feudalherr, der die Landräte und Bürgermeister wie Leibeigene behandelt“. Er forderte wegen der geplanten Reform des kommunalen Finanzausgleichs dessen Entlassung. Der Minister lege Gesetze zum Schaden von Land und Kommunen auf. „Entweder der Minister zieht das Finanzausgleichsgesetz zurück“, sagte Helmut Holter, oder der Minister werde zurückgezogen. Er kritisierte auch die Sparvorschläge der Regierung. Sie gaule den Menschen vor, dass eine Neuverschuldung nicht nötig sei. „Wir schließen eine Neuverschuldung nicht aus“, betonte der Fraktionschef.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** versicherte, dass die Bekämpfung der Krise die wichtigste Aufgabe der Regierung bleibe. Er plädierte für ein realistisches Bild der Lage, das Licht und Schatten zeige. Der

Tourismus entwickle sich positiv, die Werften steckten noch immer in der Krise. „Ich warne davor, das Ende der Krise auszurufen.“ Der Regierungschef verteidigte die Konjunkturpakete, von denen das Land auch langfristig profitieren werde. „Unser Ziel ist es nicht, Gewinne zu sichern, sondern es geht uns darum, die Banken handlungsfähig zu machen und die Unternehmen konkurrenzfähig zu erhalten. Das ist die beste Hilfe für die Menschen, die von der Krise betroffen sind – als Sparrer, als Arbeitnehmer, als Rentner, als Handwerker“, sagte der Regierungschef. Er verteidigte die Linie der Sozialdemokraten, trotz Krise keine weiteren Schulden zu machen.

SPD-Wirtschaftsexperte **Jochen Schulte** bezeichnete die Forderung der Linken nach einer Neuverschuldung als unverantwortlich. Jeder Euro an Schulden müsse von den nächsten Generationen abgetragen werden. „Einige leiden unter Realitätsverlust, andere genießen ihn“, rief er dem Linksfraktionschef zu. Natürlich müsse man die Risiken, die von der Krise hervorgerufen werden, beschreiben. „Das haben Sie zur Genüge getan. Aber dann

sollte man das auch in all den Bereichen, wo es wirklich wieder aufwärtsgeht, deutlich machen“, forderte er. Als Beispiel nannte Jochen Schulte die Automobilzulieferer. Dort gebe es eine Vielzahl von kleineren Unternehmen im Lande, die inzwischen die Kurzarbeit wieder aufgehoben hätten und in denen es nun aufwärts gehe. Dies sei auch der Bundesregierung zu verdanken, die diese Branche deutschlandweit unterstützt habe.

CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** verwies auf die Bilanz von Helmut Holter als Arbeitsminister unter der rot-roten Landesregierung. Es habe 2006 etwa 480.590 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gegeben, daneben einen „riesigen öffentlichen Beschäftigungssektor“. Die jetzige Landesregierung habe dagegen 40.000 neue Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen. Öffentlich geförderte Beschäftigung bringe nichts für den ersten Arbeitsmarkt. Er verwies auf Weichenstellungen der Landesregierung. Diese habe die Konjunkturpakete des Bundes mit finanziert und ein Zehn-Punkte-Programm aufgestellt. „Es sind 316 Millionen Euro zur Ankurbelung der Konjunktur auf den



Helmut Holter (DIE LINKE)



Ministerpräsident Erwin Sellering



Jochen Schulte (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

Weg gebracht worden und davon sind 79 Millionen Landes- und kommunale Anteile aufgewandt worden“, sagte er. Dies sei dem Mittelstand zugute gekommen.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** hob erste positive Entwicklungen in der Holzindustrie und bei den Automobilzulieferern hervor. Im Schiffbau könne jedoch noch nicht die Rede von einer Entspannung sein. Er sicherte der Branche die weitere Unterstützung der Regierung zu und verteidigte die bislang auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur. Mecklenburg-Vorpommern habe im vergangenen Halbjahr einen Wachstumseinbruch von nur 3,6 Prozent hinnehmen müssen, die neuen Länder dagegen im Schnitt ein Minus von 5,1 Prozent, Deutschland als ganzes sogar einen Rückgang von 6,8 Prozent. Holters einziger konkreter Vorschlag sei Geld auszugeben, neue Schulden zu machen. „Dann behüte uns der liebe Gott vor einer Entwicklung, die Ihnen wieder Macht gibt“, sagte Seidel zur Linken.

Michael Rooff, Vorsitzender der FDP-Fraktion, warf dem Ministerpräsidenten vor, „mit dem Schlafwagen“ Antworten auf die Krise zu suchen, statt sie mit „Dynamik“ zu bewältigen. Um die Binnenkonjunktur anzukurbeln, wäre es seiner Auffassung nach nötig, unter anderem den Mehrwertsteuersatz in der deutschen Tourismusbranche auf sieben Prozent zu mindern. Dies gelte auch für Dienstleistungen im Handwerk. Dann könnten die Unternehmen auch höhere Löhne zahlen und mehr investieren. Zudem kritisierte er den geplanten Doppelhaushalt. Seriöse Zahlen für den Doppelhaushalt 2011 könnten erst vorgelegt werden, wenn im

November die Steuerschätzung bekannt wird. Er bemängelte auch, dass der neue Eigentümer der Werften nicht selbst vor Ort mit den Mitarbeitern verhandelt, sondern Anwälte beauftragt, damit diese in Hamburg über das Schicksal der Belegschaft verhandeln.

Nach Auffassung von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** ist die Krise ein „Dauerzustand in Mecklenburg-Vorpommern“. Er nannte als Beispiele unter anderem „10 Milliarden Verschuldung“, „höchste Schulabbrecherquote“, „mehr als 2500 Obdachlose“, „85.000 funktionale Analphabeten“ und den „Zusammenbruch der Werften“. Er beklagte auch die Abwanderung leistungsfähiger junger Menschen. Er prophezeite zudem, dass die Werften spätestens in ein bis zwei Jahren dicht machen und der neue Investor die „technischen Möglichkeiten“ nach Russland abziehen werde. Auch beim Wachstumssektor Tourismus sieht er Probleme. Beispielsweise betrage die Eigenkapitaldecke der großen Investoren fast Null. Auch bei mittleren und kleineren Betrieben anderer Branchen bleibe die Eigenkapitalstruktur hinter der der anderen Bundesländer zurück.

Wolfgang Waldmüller (CDU) verwies darauf, dass sich unter anderem der Tourismus auf Wachstumskurs befinde. Entgegen dem Bundestrend sind seinen Worten nach die Übernachtungszahlen angestiegen. „Mecklenburg-Vorpommern festigt damit seine Rolle als eines der beliebtesten innerdeutschen Urlaubsziele“, betonte er. „Und besonders positiv daran ist zu bemerken, dass im ersten Halbjahr die Auslastung der Betten bei nahezu konstanter Bettenzahl um 1,1 Prozent auf 34

Prozent gestiegen ist.“ Das seien bundesweit die höchsten Zuwächse. Auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise seien also positive Entwicklungen möglich. Er wolle nichts schönreden, aber er sei zuversichtlich, dass Mecklenburg-Vorpommern gestärkt aus der Krise hervor geht.



Michael Rooff (FDP)



Udo Pastörs (NPD)



Harry Glawe (CDU)



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Wolfgang Waldmüller (CDU)

Fotos: Uwe Balevski

Verwaltungsreform

Status kreisfreier Städte diskutiert

■ **Der Zwischenbericht der Enquetekommission des Landtags zur Zukunft bislang kreisfreier Städte führte am 23. September im Parlament zu einem verbalen Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition. Von derzeit sechs kreisfreien Städten sollen der Empfehlung nach nur Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin kreisfrei bleiben.**

Der SPD-Kommunalexperte und Vorsitzende der Enquetekommission **Heinz Müller** verteidigte die Kommissionsempfehlung. Er räumte aber ein, dass es „kontroverse Diskussionen“ gegeben habe und die vier bisher kreisfreien Städte Neubrandenburg, Wismar, Stralsund und Greifswald den Vorschlag der Einkreisung ablehnen. Der Kommission hätten drei Gutachten dazu vorgelegen, deren Ergebnisse in die Empfehlung eingeflossen seien. „Wir haben die Argumente und Fakten sehr sorgfältig abgewogen. Wir wollen die beste Lösung für unser Land“, erklärte Müller.

Die Oppositionsfraktionen erneuerten ihre Kritik. Die Kommission habe die Auswirkungen verschiedener Modelle „nicht ansatzweise analysiert und bewertet“, sagte **Gabriele Mestan** von der Fraktion DIE LINKE. Die Landesregierung habe für den Entwurf eines Kreisstrukturgesetzes keinerlei Anlass gesehen, auf „irgendeine Empfehlung der Kommission zu warten“. Der Kernauftrag der Kommission, gesetzliche Regelungen vorzubereiten, werde auf diese Weise ad absurdum geführt. Die vorliegende Empfehlung finde nicht die Zustimmung ihrer Fraktion. Ihre Ablehnung hatten die Mitglieder der Linken in der Enquetekommission bereits in einem Sondervotum deutlich gemacht.

Der FDP-Abgeordnete **Toralf Schnur** kritisierte genau wie die Linken, dass die Regierungsparteien bei der Übertragung von Verwaltungsaufgaben hinter den selbst gesteckten Zielen zurückblieben. Wenn die „Mutter der Verwaltungsreform die Kreisgebietsreform“ sei, dann habe die Mutter keine Kinder. „Wo ist die Funktio-

nalreform?“, fragte er. „Es würde mich freuen, wenn wir die mal hinbekommen.“ Innenminister **Lorenz Caffier** sieht mit dem Votum der Enquetekommission zur Kreisgebietsreform die Reformpläne der Regierung bestätigt. Dass auch die Kommission mehrheitlich für die Bildung von zwei kreisfreien Städten und sechs Landkreisen plädiere, spreche für die „sachliche Richtigkeit“ der bevorzugten Variante. „Dieser Modellvorschlag beruht auf einer fundierten Faktengrundlage“, betonte der Minister. Bei der Reform stehe das Wohl des Landes im Mittelpunkt, und nicht das einzelner Kommunen. Er zeigte sich überzeugt, dass die vier bislang kreisfreien Städte mit der bevorstehenden Einkreisung nichts von ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung verlieren werden. Bundesweit gebe es eine Vielzahl bedeutender Städte dieser Größenordnung, die ohne diesen Status gut auskämen. Er nannte dabei unter anderem Lüneburg, Göttingen, Marburg, Tübingen und Fulda.

Renate Holznagel (CDU) bezeichnete es als „dringend erforderlich“, dass Rostock und Schwerin kreisfrei bleiben. Rostock sei mit rund 200.000 Einwohnern die größte Stadt im Lande und würde jeden Kreis dominieren. Schwerin sei die Landeshauptstadt. „Es wäre einmalig in der Bundesrepublik Deutschland, dass eine Landeshauptstadt nicht kreisfrei wäre.“ Die Enquetekommission habe gute Vorarbeiten für das Land zu den Beratungen zur Kreisgebietsreform geleistet, betonte sie. NPD-Abgeordneter **Michael Andrejewski** sagte, die Landesregierung wolle die Reform „autoritär durchpeitschen“. Die Diskussion sei nur ein „Feigenblatt“. Die Koalition bleibe unter sich. Das habe auch der Zwischenbericht gezeigt. Dieser fand die Mehrheit des Parlaments durch Zustimmung fast aller Abgeordneten der Koalitionsfraktionen.

Zudem berieten die Abgeordneten einen Antrag von SPD und CDU, den Arbeitsauftrag der Enquetekommission zu aktualisieren. Die Kommission habe ausführliche Beratungen zu den Kriterien, ob die sechs kreisfreien Städte Mecklenburg-Vorpommerns bei der geplanten Kreisstrukturreform eingekreist werden sollen oder nicht, durchgeführt und ihre Empfehlungen abgegeben, hieß es zur Begründung. Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Kreisstrukturgesetz sei bereits in den Landtag eingebracht und an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden.

Die Beratungen des Gesetzentwurfs würden nun in den Fachausschüssen durchgeführt. So sei eine parallele Beratung in der Enquetekommission nicht sinnvoll. Nach ausführlicher Debatte wurde der Antrag mit Zustimmung von SPD, CDU und Linke angenommen.

Hintergrund

Die Landesregierung hatte dem Landtag vor der Sommerpause drei Gesetzentwürfe für eine umfassende Verwaltungsreform vorgelegt. (Siehe LandtagsNachrichten 6/2009, Seite 12 bis 14)

Bis 2011 sollen nach den Plänen der Regierung aus zwölf Kreisen sechs werden, von sechs kreisfreien Städten bleiben zwei. Zudem sollen die Kommunal Finanzen zugunsten zentraler Orte neu verteilt und Verwaltungsaufgaben vom Land auf die Kreise übertragen werden. Damit reagiert das dünn besiedelte Land auf weiterhin sinkende Bevölkerungszahlen und rückläufige Finanzausschüsse.

Immunität aufgehoben

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 23. September die parlamentarische Immunität des NPD-Abgeordneten **Birger Lüssow** aufgehoben und damit den Weg frei gemacht für strafrechtliche Sanktionen. Der 34-Jährige soll im November 2008 in Rostock bei einem Rockkonzert mit rechtsextremen Gruppen T-Shirts mit aufgedruckten „Kelten-Kreuzen“ verkauft haben, die nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Symbole einer heute verbotenen Organisation aus dem Dritten Reich sind. Der Aufhebung der Immunität Lüssows stimmten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP geschlossen zu. Die NPD stimmte dagegen. Somit kann die Rostocker Anklagebehörde den beabsichtigten Strafbefehl gegen den NPD-Politiker beantragen.

Im Juli hatte der Landtag auf Antrag der Staatsanwaltschaft Saarbrücken bereits die Immunität des NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs aufgehoben.

Rauchen in Eckkneipen erlauben

Landtag will Nichtraucherschutzgesetz ändern

■ In Mecklenburg-Vorpommern soll Rauchen in Eckkneipen künftig erlaubt sein. Bislang war dies nur in Restaurants mit separaten Raucherräumen gestattet. Die so genannten Eckkneipen dürfen aber nicht größer sein als 75 Quadratmeter, keine zubereiteten Speisen anbieten, keine Gäste einlassen, die jünger als 18 Jahre sind, und sie müssen als Rauchergaststätte gekennzeichnet sein. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde am 23. September nach erster Lesung zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Die Neufassung des Landesgesetzes ist nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nötig geworden, das in den Gesetzen von Berlin und Baden-Württemberg eine Benachteiligung kleinerer Gaststätten sah. Die Richter hatten im Juli 2008 aber auch die Möglichkeit eines generellen Rauchverbots eingeräumt. Davon machte bislang kein Bundesland Gebrauch.

„Als Gesundheitsministerin wäre mir ein rigoroser Nichtraucherschutz lieber“, betonte Ressortchefin **Manuela Schwesig** bei der Einbringung des veränderten Gesetzes. Sie verwies darauf, dass sich die

Rauchverbot in M-V

Das Rauchverbot gilt in Mecklenburg-Vorpommern seit 1. August 2007 in Schulen und weiteren öffentlichen Einrichtungen wie Behörden und Kliniken. In Gaststätten darf seit Anfang 2008 nicht mehr geraucht werden, es sei denn, sie verfügen über gesonderte Räume. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Rauchverbot in Einraum-Kneipen gekippt, nachdem sich Wirte wegen der Einschränkung ihrer Berufsfreiheit beschwert hatten.



Foto: Jens Büttner

Regierungspartner SPD und CDU darauf verständigt hatten, kleinen Kneipen in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeiten zum Rauchen zu lassen. „Diese Gastronomen haben ein Recht auf Vertrauensschutz“, sagte die Ministerin. Sie stellte aber gleichzeitig fest, dass die Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes im Sommer 2007 nicht zu dem vorhergesagten „Kneipensterben“ geführt habe. „Nichtraucherschutz wird auch in den Gaststätten akzeptiert. Die anfängliche Kritik war typisch deutsch“, betonte sie. Laut Gaststättenverband habe kein Gastronom im Nordosten seinen Betrieb mit Hinweis auf das Nichtraucherschutzgesetz aufgegeben. Die Gesetzesnovelle werde nun auch genutzt, um Lücken im vorherigen Gesetz zu schließen. So solle künftig die Umwandlung von Nichtraucher- in Rauchergaststätten nach 22.00 Uhr nicht mehr möglich sein.

Professor Dr. Wolfgang Methling von der Linksfraktion kritisierte, dass mit dem Gesetz die Bürokratie weiter ausgebaut werde. Zudem werde der Schutz von Köchen und Kellnern unzureichend berücksichtigt. Methling, der die Rede von seiner Fraktionskollegin Dr. Marianne Linke vortrug, erinnerte an die Stellungnahme des Gaststättenverbandes DEHOGA, der sich dafür ausgesprochen habe: „Wenn schon ein Rauchverbot, dann ohne Ausnahme.“ Dieser Standpunkt werde von seiner Fraktion geteilt, betonte er. Die oppositionelle Linke werde auf weitergehenden Nichtraucherschutz auch im Interesse der Angestellten drängen.

Günter Rühls (CDU) erinnerte an die Folgen des Tabakkonsums. „140.000 Menschen sterben pro Jahr in Deutschland da-

ran. Außerdem geben Krankenkassen jährlich Milliarden Euro für Behandlungskosten aus.“ Zudem würden Raucher nicht nur sich selbst gefährden. Nichtraucher hätten aber ein Recht auf den Schutz ihrer Gesundheit, rechtfertigte er das Nichtraucherschutzgesetz.

Im Namen der NPD sprach sich **Birger Lüssow** für eine Lockerung des Rauchverbots aus. So sollten wieder Raucherecken an Schulen eingerichtet werden. Rauchende Schüler würden eine zu starke Ausgrenzung erfahren, die letztlich ihre Gewaltbereitschaft erhöhe. Und rauchende Lehrer dürften gegenüber Beamten nicht benachteiligt werden. Inhaber von Gaststätten sollten selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Raucher- oder Nichtrauchergaststätte betreiben wollen. Als Tourismusland dürfe Mecklenburg-Vorpommern nicht das strengste Nichtraucherschutzgesetz haben.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roölf** sprach von einem „schlecht gemachten Gesetz“. Er forderte, die „irrsinnigen“ Sanktionen von bis zu rund 10.000 Euro aufzuheben. Der Gesetzgeber müsse sich den Gastronomen nicht zum Feind, sondern zum Verbündeten machen. In Zusammenarbeit mit dem Hotel- und Gaststättenverband sollten seiner Meinung nach klarere Regelungen geschaffen werden, beispielsweise auch darüber, welche Speisen gereicht werden dürfen und welche nicht. Er hofft, dass nach der Beratung ein „gutes“ Gesetz entsteht.

Nach der Debatte wurde der Gesetzentwurf einstimmig zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen.



Foto: Jens Büttner

Europafähigkeit als Daueraufgabe

Landtag will sich weiter in Integrationsprozess einbringen

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich auf seiner Sitzung am 23. September erneut zu seiner Verantwortung für die europäische Integration bekannt. Mecklenburg-Vorpommern müsse sich immer nachhaltiger in den Integrationsprozess einbringen und die Interessen des Landes in Brüssel durchsetzen, sagte der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Detlef Müller. Dies bleibe eine Daueraufgabe, betonte er in der Debatte, in der es um die Umsetzung eines Beschlusses der deutschen Landtagspräsidenten aus dem Jahr 2008 zur „Europafähigkeit der Landtage“ ging.

Von der Konferenz hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider das Parlament unterrichtet. Der Landtag habe die seinerzeit gefassten Beschlüsse ein Jahr nach Veröffentlichung bereits weitgehend umgesetzt, hob Detlef Müller (SPD), der auch europapolitischer Sprecher der SPD ist, hervor.

Das sehe ihre Fraktion anders, sagte Barbara Borchardt (DIE LINKE) und kün-

digte Enthaltung bei der Abstimmung über die vorliegende Beschlussempfehlung des Europaausschusses an. Sie begrüße grundsätzlich alle Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit. Aber die Beschlussempfehlung beschreibe den Zustand allzu rosafarben. Die Beschlüsse seien entgegen der Behauptung des Ausschussvorsitzenden keinesfalls weitgehend umgesetzt. „Dazu müsste etwa der Landtag schon heute zu jedem Vorhaben der EU im Bundesrat über den Terminablauf informiert werden und eine Kurzübersicht über den wesentlichen Inhalt übermittelt bekommen“, zählte sie unter anderem auf. „Dies ist nicht der Fall“, kritisierte sie. Die Beschlussempfehlung sei gut gemeint, aber wenig konkret.

Seine Fraktion stimme zu, erklärte der CDU-Abgeordnete Dr. Armin Jäger. Der Ausschuss habe sich eingehend mit dem Thema befasst. Mecklenburg-Vorpommern zeige sich weltoffen und dokumentiere, dass eine grenzübergreifende Zusammenarbeit gewollt sei. Europafähigkeit zu beweisen ist seinen Worten nach auch für Landesparlamente wichtig.

NPD-Fraktionschef Udo Pastörs sprach von einem völkerfeindlichen Verwaltungsmoloch in Brüssel. „Unser Volk“ wolle den Vertrag von Lissabon nicht, mit dem natio-

nale Parlamente entmachtet und die Interessen des Großkapitals durchgesetzt würden, sagte er.

Gino Leonhard (FDP) sieht in der Beschlussempfehlung auch ein Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozess. Die Interessen des Landes müssen seiner Ansicht nach sachgerecht in der EU vertreten werden.

Nach der Debatte wurde die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP angenommen.

Der Landtag M-V in internationalen Gremien

- Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)
- Parlamentsforum Südliche Ostsee
- Bilaterale Zusammenarbeit mit den Sejmiks der polnischen Woiwodschaften Westpommern und Pommern
- EU-Ausschuss der Regionen (AdR)
- Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen (CALRE)
- Partnerschaft der Parlamente (PdP)
- Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe des Landtages

Armut bekämpfen

Linksfraktion scheitert mit Antrag im Landtag

■ **Vor dem Hintergrund neuer Studien zur Armut in Mecklenburg-Vorpommern hat der Landtag am 24. September über die Bekämpfung der sozialen Not im Land debattiert. Die Linke forderte in ihrem Antrag, die Landesregierung solle sich für eine Besteuerung von Spekulationsgeschäften, eine Millionärsabgabe, den Mindestlohn und eine Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung einsetzen.**

■ Der Armutsatlas müsse ernst genommen werden, sagte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE) bei der Einbringung. Im Mai hatte der Paritätische Gesamtverband den „Armutsatlas“ vorgelegt, dem zufolge fast jeder Vierte im Nordosten in Armut lebt. Sozialministerin **Manuela Schwesig** erklärte, die Landesregierung habe bereits viele Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg gebracht. Sie nannte die Förderung der frühkindlichen Bildung durch zusätzlich 15 Millionen Euro im neuen Landeshaushalt. Die kurz zuvor veröffentlichte Prognos-Studie zur Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern habe die Politik der Landesregierung bestätigt, sagte Schwesig. Auch die Autoren der Studie befürworteten den Ausbau der Kindertagesstätten, besonders an sozia-

len Brennpunkten. Nach Erkenntnissen des Berliner Prognos-Instituts ist das Armutsrisiko in Mecklenburg-Vorpommern doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Für die CDU-Fraktion wies die Abgeordnete **Beate Schlupp** die Forderungen der Linken zurück. Börsenspekulation gleichzeitig verbieten und besteuern zu wollen, sei unsinnig. Die Millionärsabgabe würde weitere Hochqualifizierte ins Ausland treiben. Sie lehnte auch die Einführung eines Mindestlohns ab, wie ihn Schwesig gefordert hatte. Die Unternehmen müssten die höheren Löhne auf die Preise umlegen, was zu Kaufkraftverlusten oder Unternehmenspleiten führen würde. Die Förderung der öffentlichen Beschäftigung unter dem früheren Arbeitsminister Helmut Holter habe viel gekostet, aber wenig gebracht. Auch die FDP lehne den Antrag ab, sagte der sozialpolitische Sprecher der Liberalen, **Ralf Grabow**. Er bezweifelte zudem die Qualität der Studie. Statt teurer Studien brauche das Land eine bessere Kindertagesbetreuung. Die FDP fordert mehr Geld, um die Personalschlüssel bei der Kinderbetreuung in Krippe, Kita und Hort verbessern zu können.

Martina Tegtmeier (SPD) sprach von einem „Schaufensterantrag“ der Linken. Am besten könne man die Armut mit einer hohen Beschäftigungsquote und hohen Löhnen bekämpfen. Der Antrag sei eine Provokation und müsse deshalb abgelehnt werden.

Stefan Köster (NPD) gab der Linken und den anderen „etablierten Parteien“ Schuld am „schlimmen Zustand“ des Landes, das zu den ärmsten Regionen in Deutschland gehöre.

Armut

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung orientiert sich an einem relativen Einkommensbegriff, bei dem die Armutsgrenze – der Bericht der Bundesregierung spricht von „Armutrisikoquote“ – auf 60 Prozent eines mittleren Einkommens festgelegt wird. Der Armutsatlas des Paritätischen Gesamtverbandes folgt dieser allgemein anerkannten Definition von Armutsgrenze, die auch innerhalb der Europäischen Union als verbindlicher Indikator zur Armutsmessung gilt.

www.armutsatlas.de

Der Antrag der Linksfraktion wurde nach der Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Auswahl

- Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE zur Fortentwicklung der außergerichtlichen Streitbeilegung in M-V – Ablehnung
- Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung über den Vollzug der Untersuchungshaft in M-V – Überweisung
- Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes – Überweisung
- Unterrichtung durch die Landesregierung zum Konzept „Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern“ – Annahme der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
- Aussprache zur Stellungnahme der Landesregierung zu den Empfehlungen der Expertenkommission „Zur Entwicklung eines zukunftsfähigen Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern“
- Antrag der Fraktionen der SPD und CDU „Einführung einer schulart- und fächerbezogenen Lehrerbedarfsplanung in M-V“ – Annahme
- Antrag der Fraktion DIE LINKE „Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern sichern“ und Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Überweisung



Foto: Jens Büttner

Einfaches Steuersystem

FDP-Antrag im Landtag abgelehnt

Die FDP-Fraktion ist am 24. September im Landtag mit einem Antrag für ein „einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem“ gescheitert. Steuer-senkungen seien nötig, um die Anreize für Leistungen spürbar zu erhöhen, heißt es im Antrag. Die anderen Fraktionen warfen den Liberalen unter anderem Wahlkampf-taktik vor. Der Antrag wurde nach teilweise heftiger Debatte von allen Abgeordneten mit Ausnahme der FDP abgelehnt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern würden nur 30 Prozent der Bevölkerung – nämlich die 521.000 sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten – die Hauptlast der Steuerlast tragen, begründete FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** den Antrag seiner Fraktion. Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, sollte die Mehrwertsteuer in der Gastronomie gesenkt werden. Finanzieren will die FDP ihre Vorschläge, indem die „Schattenwirtschaft“ zumindest zum Teil in die legale Wirtschaft hereinge-holt wird. Durch Schwarzarbeit und Um-satzsteuerbetrug gingen dem deutschen Staat jährlich mehr als 350 Milliarden Euro verloren, argumentierte Roolf. „Steuer-senkungen sind kein Diebstahl am Staat“, betonte er.

Finanzministerin **Heike Polzin** wies die Forderungen der Liberalen scharf zurück. „Ihre Vorschläge sind ein Programm zur Zerstörung der öffentlichen Finanzen“, sagte sie. Das Programm würde zu Ein-nahmeausfällen von 160 Milliarden Euro führen. „Warum verlangen Sie nicht gleich die Abschaffung sämtlicher Steuern?“, fragte die Ministerin. Dass sich Steuer-senkungen durch mehr Wachstum selbst finanzieren würden, sei ein „Mär-chen“. Ein Verdiener mit einer Zwei-Kind-Familie brauche auch jetzt schon bis zu ei-nem Jahreseinkommen von 39.420 Euro keine Einkommenssteuer zu zahlen. Die Einführung eines Mindestlohnes hält sie für sinnvoller.

Der CDU-Finanzpolitiker **Mathias Löttge** stimmte dem Antrag der FDP im Grund-satz zu, denn es handele sich teilweise um



Foto: Jens Büttner

ein Zitat aus dem Wahlprogramm der Uni-on. Auch die CDU wolle die Rahmenbe-dingungen für wirtschaftliche Entwick-lung und Beschäftigung durch eine Steu-erentlastung verbessern. Doch drei Tage vor der Bundestagswahl zu fordern, die Landesregierung möge sich auf Bundes-ebene für ein neues Steuersystem einset-zen, mache keinen Sinn. Er gehe davon aus, dass die neue CDU-geführte Bundes-regierung dies nach der Bundestagswahl am 27. September ohnehin tun werde. Löttge lud die FDP dabei zur Mitarbei-tung ein.

Birgit Schwebs von der Linksfraction sagte, Verlierer des von der FDP vorge-schlagenen Steuersystems wären vor al-lem die Geringverdiener. Das Grundprin-zip der Besteuerung nach Leistungsfähig-keit würde weiter aufgeweicht. Nach An-sicht der Linken sollten stattdessen die Verursacher der Krise stärker belastet wer-den. Die Politikerin forderte eine höhere Besteuerung großer Vermögen und Erb-schaften sowie hoher Einkommen und Unternehmensgewinne. Steuerentlastun-gen für alle zu fordern, also auch für Spit-zenverdiener – das hat ihrer Ansicht nach nichts mit Gerechtigkeit zu tun.

Der SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert** warf der FDP vor, im Antrag nicht konkret genug geworden zu sein. Die Vorschläge der Liberalen für eine Steuerreform seien „zutiefst sozial ungerecht“ und „un-bezahlbare Steuergeschenke für Besserver-dienende“. Seine Fraktion werde keine Steuerreform mitmachen, die zulasten der öffentlichen Haushalte gehe und die Handlungsfähigkeit des Staates einschrän-ke. „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“, sagte der Abgeordnete.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster**

sprach von „Stimmenfang“ und „Wahl-kampfgetöse“ durch die FDP. Es sei zum Beispiel nicht gerecht, wenn die Bundes-regierung den Banken Milliarden in den Rachen werfe. Gerechte Löhne dagegen lehne die FDP ab. Geringfügig Beschäftig-te würden ebenfalls nicht vom vorgeschla-genen Steuermodell profitieren.

Regierungs-beauftragter der Kirchen



Sylvia Bretschneider und Markus Wiechert

Am 23. September wurde Kirchenrat Markus Wiechert mit einer Andacht in der Schweriner Schlosskirche als neuer Regie-rungsbeauftragter der Mecklenburgi-schen und der Pommerschen evangeli-schen Kirche eingeführt. Der 41-jährige Wismarer Pastor ist Nachfolger von Mar-tin Scriba, der im August 2009 das Amt des Landespastors für Diakonie in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs übernommen hat.

Foto: Cornelius Kettler

Landtag berät Doppelhaushalt 2010 und 2011

■ Der Landtag hat auf einer Dringlichkeitssitzung am 11. September den Doppelhaushalt 2010 und 2011 beraten. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht Ausgaben von rund sieben Milliarden Euro pro Jahr vor. Als Schwerpunkte nennt die Landesregierung unter anderem Investitionen zur Wirtschaftsförderung sowie in Bildung und Kinderbetreuung. Die SPD/CDU-Koalition will trotz sinkender Steuereinnahmen und Solidarpaktmittel an einem ausgeglichenen Haushalt festhalten und keine neuen Schulden machen. Dafür muss das Land aber auf Rücklagen von über 400 Millionen Euro zurückgreifen. Auch die ursprünglich geplante Schuldentilgung muss ausgesetzt werden. Die Opposition kritisierte den Entwurf, stimmte aber bis auf die NPD einer Beratung in den Ausschüssen zu. Das Gesetz soll nach zweiter Lesung im Dezember verabschiedet werden.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** betonte, die Landesregierung halte an der soliden Finanzpolitik der vergangenen elf Jahre fest. Der Kurs sei klar: „Wir machen keine neuen Schulden.“ Der Haushalt sei allerdings nur deshalb ausgeglichen, weil das Land auf die geplante Schuldentilgung verzichte und Rücklagen auflöse. „Wir sind mit der Krise noch lange nicht durch“, mahnte Sellering. „Das hier ist kein Schön-Wetter-Haushalt, sondern ein Haushalt in stürmischen Zeiten.“

Auch Finanzministerin **Heike Polzin** sagte in der Debatte, das Risiko geringerer Steuereinnahmen und höherer Zinsen bleibe bestehen. Sie hob zugleich hervor, dass Mecklenburg-Vorpommern als einziges Bundesland neben Sachsen ohne neue Schulden auskomme. Dennoch blieben die Investitionsausgaben des Landes hoch. Sie kritisierte die Steuersenkungspläne von CDU und FDP. Die Pläne der Liberalen würden für Mecklenburg-Vorpommern Einnahmeverluste von 800 Millionen Euro, die der Union immer noch ein Minus von 200 Millionen bedeuten. „Angesichts einer gesamtstaatlichen Neuverschuldung von rund 100 Milliarden Euro sind derartige Vorschläge nicht visionär, sondern unverantwortlich“, sagte die Ministerin. Die Pläne würden den Sozialstaat untergraben. Die oppositionelle Linksfraktion wandte sich gegen den Sparkurs. „Den Gürtel enger zu schnallen ist falsch“, sagte Fraktionsvorsitzender **Helmut Holter**. Die Landesregierung habe sich dem selbst auferlegten Diktat unterworfen, keine Neuverschuldung zuzulassen. Damit ignoriere sie die Auswirkungen der Krise. Eine Schuldenaufnahme sei durchaus zu verantworten, wenn diese Mittel für Zukunftsinvesti-

tionen und Innovationen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt würden. Der Haushalt müsse dem Anspruch gerecht werden, ein sozialer Schutzschirm für die Menschen zu sein, sagte Holter. Davon könne in dem Gesetzentwurf keine Rede sein. Der Koalition warf er vor, sie würde „verwalten statt gestalten“.

CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** warf der Linken vor, alles zu versprechen und keine Rücksicht auf nachfolgende Generationen zu nehmen. Umschichtung sei ein besserer Weg als Neuverschuldung. So ermögliche die Koalition unter anderem weitere Investitionen in Bildung, Wirtschaftsförderung und über das Konjunkturpaket II auch in Aufträge für den Mittelstand.

Nach Ansicht von **Marc Reinhardt** (CDU) wäre eine weitere Verschuldung nicht zukunftsorientiert. Die Koalition setze die richtigen Schwerpunkte. Das Land müsse nach 2019 auf eigenen Beinen stehen. Dafür sei mit dem Entwurf die richtige Grundlage erarbeitet.

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** betonte, wer keine Neuverschuldung verspricht, sage „wissentlich die Unwahrheit“. Er forderte, Mecklenburg-Vorpommern dürfe sich bei der Finanzplanung nicht an den westlichen Flächenländern orientieren, sondern an seinem eigenen Bedarf. Zu-

gleich kritisierte auch er die Auflösung der Landesrücklagen. Die eingeplanten rund 450 Millionen Euro seien noch gar nicht vollständig vorhanden. In diesem Jahr müssten erst noch 70 Millionen Euro für die Rücklage zusammenkommen.

Der SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert** sprach sich gegen Steuersenkungen aus und verteidigte das „ehrgeizige Ziel“ der rot-schwarzen Koalition, in Mecklenburg-Vorpommern keine neuen Schulden zu machen. Eine weitere Kreditaufnahme würde den Handlungsspielraum des Staates einschränken. Die Investitionsausgaben würden aber weiter auf hohem Niveau gehalten. An Land und Kommunen appellierte er, sich in Zeiten sinkender Steuereinnahmen nicht in Verteilungskämpfen aufzureiben.

Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion, prognostizierte mehr als vier Millionen Arbeitslose für das kommende Jahr. Dies sei auch ein Resultat der „Misswirtschaft der letzten zehn bis 15 Jahre“. Das Bundesland stöhne unter einer Schuldenlast von mehr als zehn Milliarden Euro. Der Haushaltsentwurf berge große Risiken in sich. Die NPD stimme auch einer Beratung nicht zu.

Birgit Schwabs (DIE LINKE) geht davon aus, dass bei sinkenden Einnahmen die Ausgaben von Land und Kommunen weiter steigen werden. Gerade die Gemeinden müssten mit höheren Sozialausgaben rechnen. „Die Kommunen brauchen unbedingt stabile Zuwendungen“, forderte sie. Auch reichen ihrer Meinung nach die Mittel für schulische Bildung und das Junglehrerprogramm nicht aus.

Sigrun Reese (FDP) sieht ebenfalls keine solide Finanzpolitik in dem Haushaltsentwurf, schon deshalb nicht, weil die Tilgung ausgesetzt werde. „Ihr Haushalt ist auf Hoffen und Bangen gebaut“, sagte sie. „Die Kommunen haben vom Land nichts mehr zu erwarten“, kritisierte sie. Die kommunale Selbstverwaltung werde vielerorts gefährdet sein. Sie hoffe, dass darüber in den Ausschüssen noch geredet und vieles am Gesetzentwurf geändert werden kann.

Entwurf Haushaltsplan 2010/2011 (Angaben in Mio. Euro)

	2010	2011
Einnahmen = Ausgaben	7.001,1	6.950,3
Investitionen	1.300,5	1.223,3
Personalausgaben	1.677,0	1.698,6
Kommunen (KFA + Steuern)	1.808,4	1.775,5
Kreditaufnahme	0	0

Die Drucksachen zum Doppelhaushalt 2010 / 2011 finden Sie auf der Internetseite des Landtages.

Für ein würdiges Leben in Frieden

Landtag verabschiedet Entschließung zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns

■ In einer Entschließung zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns hat sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu seiner Verantwortung für Freiheit, Gerechtigkeit und ein „würdiges Leben für alle – in Frieden, ohne Hass, ohne nationalistischen Hochmut und ohne politische Verblendung“ bekannt. Die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs überschatteten die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland bis heute, hieß es in der am 24. September verabschiedeten Erklärung, die die demokratischen Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP gemeinsam ins Parlament einbrachten. Der Landtag werde deshalb in Zukunft noch enger mit den polnischen Nachbarn für eine Aussöhnung zusammenarbeiten. Bis auf die NPD stimmten alle Abgeordneten für die gemeinsame Erklärung. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte im Wortlaut.

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Aus der historischen Schuld erwächst uns allen eine hohe Verantwortung“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Meine Damen und Herren, wir alle sind uns der historischen Schuld bewusst, die das Deutsche Reich auf sich geladen hat.

(Michael Andrejewski, NPD: Also „alle“ würde ich mal zurücknehmen.)

Obgleich ich selbst erst 15 Jahre nach Kriegsende geboren wurde, gehen mir die Verbrechen von Krieg und Diktatur sehr nah, [...] denn wie in so vielen anderen Familien in Deutschland gab es auch in meiner Familie Täter. [...] Ich weiß um ihre Verbrechen. Ich kenne die schwere Schuld von Menschen, die mir sehr nahestanden. Deshalb empfinde ich Scham über die Gräueltaten, die auch durch Mitglieder meiner Familie an den Mitmenschen in so vielen Ländern verübt wurden. [...] Und dann,

nur für mich, bitte ich die Opfer im Namen meiner Vorfahren um Vergebung. [...]

Gerade weil ich mich in dieser Weise mit meiner eigenen Familiengeschichte auseinandergesetzt habe, kann ich sagen: Das Ungeheuerliche, das damals geschah, ist nicht meine persönliche Schuld. [...] Niemand von uns Nachgeborenen trägt Schuld an diesen Verbrechen. Aber aus der historischen Schuld erwächst uns allen eine hohe Verantwortung. Und ich nehme diese Verantwortung sehr ernst. Sie bedeutet für mich, alles in meiner Macht Stehende zu tun, damit sich derart Unmenschliches niemals wiederholen kann.

(Stefan Köster, NPD: Amen! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist ja unglaublich!)

Die schreckliche Vergangenheit bleibt uns Demokraten stets präsent und wir werden sie als Mahnung an die kommenden Generationen weitergeben. Auch wenn wir Nachgeborenen frei sind von Schuld, so denke ich oft, dass ein unterschwelliges Schuldbewusstsein unser Selbstwertgefühl, unser Selbstbewusstsein, ja vielleicht sogar unsere Identität als Deutsche beschneidet.

Lassen Sie mich das an einer Frage deutlich machen: Wenn wir heute zu Recht feststellen, dass die Bombardierung von Warschau, Rotterdam und London ein entsetzliches Unrecht an der Zivilbevölkerung war [...], dürfen wir dann dasselbe auch über die alliierte Flächenbombardierung von Dresden sagen? [...] Selbstverständlich dürfen wir das sagen. [...] Dieser Krieg war von deutscher Seite von Anfang an darauf angelegt, auch einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen. Dass die Brutalität auf beiden Seiten während des Krieges eskalierte, liegt in der schrecklichen Dynamik von Gewalt und Gegengewalt. [...] Heute müssen wir eine solche Gewaltspirale als menschenverachtend und verabscheuungswürdig brandmarken. [...] Wir dürfen nur niemals – niemals! – die Verbrechen der Nazis gegen das von der alliierten Kriegsführung verursachte Leid aufrechnen, denn dann würden wir Ursache und Wirkung verkehren

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

und damit die von den Deutschen begangenen Verbrechen verharmlosen. [...]

Wir dürfen niemals vergessen, dass die an der deutschen Zivilbevölkerung verübten Grausamkeiten am Ende dieser Gewaltspirale standen, die von Deutschland aus in Gang gesetzt wurde! [...]

Wir werden nicht zulassen, dass einige wenige rassistische Gewalttäter unseren guten Ruf in der Welt beeinträchtigen und unser eigenes Selbstvertrauen untergraben. Im Gegenteil, wir dürfen durchaus stolz darauf sein, dass wir uns in die Völkergemeinschaft integriert haben, dass wir unseren Beitrag zu einem stabilen und friedlichen Europa leisten und seit vielen Jahren unseren demokratischen Rechtsstaat leben. [...]

Um an dieser Stelle nicht falsch verstanden zu werden: Dieser Stolz bezieht sich nicht nur auf die Leistungen derer, die als Deutsche geboren wurden, sie schließt ausdrücklich alle diejenigen mit ein, die zu uns gekommen sind [...] und unsere Gesellschaft bereichern. [...] Ich meine damit die vietnamesische Köchin ebenso wie den afrikanischen Herzchirurgen, die polnische Pianistin [...] wie den türkischen Busfahrer. [...] Wir alle zusammen haben Deutschland in den letzten Jahren zu dem gemacht, was es heute ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich denke, wir alle dürfen stolz sein, weil dieser Stolz nichts, aber auch gar nichts mit Hochmut zu tun hat. Es ist ein Stolz, der mit Freude das Erreichte betrachtet und auf dieser Grundlage die Zukunft gestalten will, [...] und zwar im Einklang mit der Völkergemeinschaft und nicht auf deren Kosten. [...] Daher möchte ich mich als heute lebender Deutscher nicht mehr definieren lassen über die Schuld meiner Großväter und Urgroßväter. [...] Ihre Verbrechen bleiben für mich ewige Mahnung. Ich aber möchte an dem gemessen werden, was ich selbst zu verantworten habe. [...] Ich bin ein Deutscher des 21. Jahrhunderts [...], und ich bin es gern. Man mag dieses Bekenntnis Patriotismus

nennen, aber dann in der Art, für die Johannes Rau eingestanden ist, der klar trennt zwischen Patriotismus und Nationalismus. Ich darf zitieren: „Patriotismus kann nur da gedeihen, wo Rassismus und Nationalismus keine Chance haben. Wir dürfen Patriotismus niemals mit Nationalismus verwechseln. [...] Ein Patriot ist einer, der sein Vaterland liebt. Ein Nationalist ist einer, der die Vaterländer der anderen verachtet.“ [...] Wir brauchen unser Selbstverständnis, unsere Identität als Deutsche und die Liebe zu unserem Land nicht schamhaft zu verstecken aus Furcht vor Nationalismus.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Aua! Aua!)

Vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg, weil Deutschland in maßloser Selbstüberschätzung und zutiefst menschenverachtender Aggressivität die Welt unterjochen wollte. [...] Doch seit 60 Jahren leben wir friedlich mit unseren Nachbarn in einer gefestigten Demokratie als geachteter und tragender Teil Europas. [...] Aber Demokratie ist kein statischer, sondern ein dynamischer Prozess, [...] an dem sich jeder beteiligen muss. [...] Die Teilhabe an Politik der eigenen Kommune, des Landkreises, des Landes stärkt das Gefühl der Identität, der Zugehörigkeit. [...] Passivität darf und kann sich eine Demokratie nicht leisten. Heinz Galinski, der erste Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, hat eine sehr treffende Definition für Demokratie gefunden. Diese

lautet: „Demokratie kann niemandem aufgezwungen werden. Sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal besitzen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke in tiefer Trauer an die Opfer eines sinnlosen Krieges und einer entmenslichten Gewaltherrschaft. Wir dürfen es nie mehr zulassen, dass Völker gegeneinander aufgehetzt werden, dass der Wert eines Menschen danach beurteilt wird, welcher Nationalität er angehört, welchen Glauben oder welche Überzeugung er hat, [...] ob er krank oder leistungsfähig ist. [...]

Nur wenn Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat bleibt [...], wird der Frieden in Europa dauerhaft sein. [...] Lassen Sie uns – bei allen Unterschieden der demokratischen Parteien – stets gemeinsam für diese Ziele kämpfen und stimmen Sie dieser Entschliebung zu! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages lesen:

www.landtag-mv.de

(landtag / plenarsitzungen / plenarprotokollauszüge / TOP 21)



Gedenkveranstaltung des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2009 im Rostocker Zentrum für Nervenheilkunde.

Foto: Claudie Richter

Harry Glawe, CDU:

„Es ist gut, dass wir in einem vereinten Europa leben“



■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was ist der richtige Rahmen für ein solches Erinnern? Wie gehen wir in unserem Land nach 70 Jahren Kriegsbeginn mit der Geschichte um? Wie ordnen wir dieses Ergebnis heute geschichtlich ein? Was ziehen wir für Lehren aus der Geschichte? Diese Fragen habe ich mir gestellt, als ich im Fernsehen die Bilder vom Gedenken in unserem Nachbarland Polen gesehen habe und als ich in diesen Tagen die scheußlichen und infamen Wahlplakate der NPD im Landkreis Uecker-Randow und in Ostvorpommern zur Kenntnis nehmen musste.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Soll ich Ihnen ein Taschentuch reichen?)

Wer nach Millionen Toten auf den Schlachtfeldern, nach Bomben, Vertreibung und millionenfachem Mord mit volksverhetzenden Plakaten auf Stimmenfang geht, der hat aus der Geschichte nichts, aber auch gar nichts gelernt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

meine Damen und Herren, der grenzt sich ganz bewusst aus der Demokratie aus.

(Stefan Köster, NPD: Mit Ihnen wollen wir wirklich nichts zu tun haben. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren, die NPD ist auf

einem absoluten Irrweg. Ich nenne Ihre Plakate volksverhetzend, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu Recht.)

Dabei ist es egal, was die Gerichte entscheiden.

(Udo Pastörs, NPD: Aha?! – Stefan Köster, NPD: Ach, Sie bestimmen, was volksverhetzend ist? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie wollen mit diesen Plakaten Menschen gegeneinander aufhetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie betreiben nationalistische Propaganda auf niedrigstem Niveau, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie verbreiten Unwahrheiten und Sie hoffen getreu der Devise Ihres Herrn Pastörs – oder war es doch der Kriegsverbrecher Goebbels –, je größer die Lüge und je unwahrscheinlicher die Lüge, desto eher wird sie geglaubt, meine Damen und Herren.

Ich finde es gut, dass wir im vereinten Europa leben, dass Menschen ihren Wohnsitz frei wählen können. Ich finde es gut, dass junge Polen heute bei uns in Kindergärten und zur Schule gehen können,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass Familien sich im Landkreis Uecker-Randow ein Haus bauen können und dort leben wollen. Unterstützen wir dieses Zusammenwachsen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Sie finden es auch gut, dass die Deutschen wegziehen müssen.)

Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten in ihren Ausmaßen und in ihrer Brutalität einzigartig sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Stalin war ein Spaßvogel.)

Der 1. September 1939 war dabei nicht der Anfang, sondern gewissermaßen der Höhepunkt der Umsetzung der auf Krieg und Unterdrückung ausgelegten Ideologie des Nationalsozialismus. Der nationalsozialistische Terror begann am 30. Januar 1933 und er ging am 1. September 1939 in einen Weltbrand über, nämlich in den Zweiten Weltkrieg. Bis zum Ende des Krieges starben 24 Millionen Soldaten und 24 Millionen Zivilisten. Die Nationalsozialisten brachten 6 Millionen Juden um. Über 1,4 Millionen Deutsche starben auf der Flucht. Unzählige Sinti und Roma wurden Opfer. Aufrechte Gegner des nationalsozialistischen Systems und andere Menschen, die nicht ins nationalsozialistische Weltbild passten – ich sage hier nur das Stichwort „Euthanasie“ –, wurden in den Konzentrationslagern ermordet. Erst mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 und der Kapitulation von Japan am 2. September 1945 endete der Zweite Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund ist es mir unverstänlich, dass es heute Menschen gibt, die Ursachen und Ergebnisse unter dem Duktus „Nationalsozialistische Ideologien“ schief zurechtrücken oder uminterpretieren. Wir haben heute etliche Beispiele hier von der Fensterfront gehört.

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht sind viele einfach schlauer als Sie.)

Dies dürfen wir nicht zulassen! Dies muss verhindert werden, meine Damen und Herren!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deshalb haben die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und DIE LINKE diesen Entschuldigungsantrag gemeinsam gestellt. Er ist ein wichtiger Beitrag und ein Signal im Kampf für Demokratie und Toleranz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges waren nicht nur die Millionen Toten, waren nicht nur Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat; eine Folge war auch die Teilung Deutschlands und Europas. Auch deshalb war für einen Teil

der Menschen der 8. Mai zwar ein Tag der Befreiung, aber er war auch ein Tag, der mit neuen Unfreiheiten begann.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Auch daran soll heute erinnert werden. Erst im Herbst 1989 haben sich die Bürgerinnen und Bürger in einer friedlichen Revolution die Freiheit erkämpft und die kommunistische Diktatur gestürzt. Heute leben wir in einem wiedervereinigten Deutschland, in einem Europa ohne Grenzen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Gerade deshalb ist es notwendig, an die schrecklichen Jahre, an Unrecht, an Mord, an Krieg zu erinnern, die vor 70 Jahren von Deutschland ausgingen. Viele beteiligen sich an einer ernsthaften und ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte. Ich will hier beispielhaft die Jugend- und Versöhnungs-

arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nennen. Nehmen wir die Verantwortung auf! Stellen wir uns der Vergangenheit und leisten wir unseren Beitrag für Demokratie und Toleranz! Tragen wir diese Gedanken im Landtag in Landkreise, in die Dörfer und Städte,

(Michael Andrejewski, NPD: In die aussterbenden Dörfer. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

an die Stammtische und in die Familien! Tun wir dies mutig und entschlossen und nehmen wir den Brunnenvergiftern an der Fensterfront hier die Luft, meine Damen und Herren!

(Michael Andrejewski, NPD: Wir brauchen keine Luft. – Stefan Köster, NPD: Heute scheint wenigstens die Sonne.)

Arbeiten wir weiter für unser schönes Bundesland, für Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit! – Vielen Dank.“

Raimund Frank Borrmann, NPD:

„Es sind keine offensichtlichen Wahrheiten, die der Drucksache zugrunde liegen“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Dieser Antrag muss nach Auffassung der NPD-Fraktion konsequenter und radikaler formuliert werden [...] damit das wahre Anliegen der Verfasser auch deutlich wird: die rückstandslose Auflösung unseres deutschen Vaterlandes in einer undemokratisch strukturierten Monstrunion, [...]“

[...] Wir nennen diesen Schriftsatz: Glaubensbekenntnis zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. So

muss es heißen, damit allen Bürgern klar wird, was sie glaubhaft bekennen sollen. Und so ein Glaubensbekenntnis – die Katholiken und Lutheraner unter Ihnen werden sich erinnern – bedarf eines inquisitorischen Elements. Hinter jedem Glaubenssatz sollte mit der Exkommunikation jenen gedroht werden, die es wagen sollten, auch nur den leisesten Zweifel zu hegen. Denn Zweifel bleiben.

Zum Ersten haben die Abgeordneten die-

ses Landtages den Beginn des Krieges und seine Umstände nicht mehr bewusst erlebt. Es sind keine offensichtlichen Wahrheiten, die der Drucksache zugrunde liegen, sondern verschlossenkundige. [...] Noch immer sind die Archive mit entscheidenden Dokumenten verschlossen und manche sollen es bis in alle Ewigkeit bleiben. Wovor fürchten sich die Sieger, die sie ängstlich bewachen? Warum fordern deutsche Parlamente nicht deren Öffnung?

Zum Zweiten: Ich gehöre zu jenen Bürgern des Landes, die schon ganz anderen Glaubensbekenntnissen huldigen sollten. Die BRD oder Westdeutschland galt als aggressiver, kapitalistischer Staat, der die DDR bedrohte und gegen den sie sich mit einem antifaschistischen Schutzwall wehren müsse, [...].

[...] Wie wird es der BRD so einst ergehen, wenn sie in dem von Ihnen gewünschten Euroland aufgeht? [...]“

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Umfassende Auseinandersetzung mit Hitler-Faschismus dringend geboten“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im September 1942 wurden diejenigen der 10.000 Einwohner von Kowel in Wolhynien, die noch nicht getötet worden waren, in die Synagoge eingesperrt. Gruppenweise wurden die Gefangenen rausgelassen und erschossen [...] In den Trümmern der Synagoge fand man Botschaften in jiddischer Sprache, darunter eine Botschaft von Esther Srul: „Die Tore öffnen sich. Da sind unsere Mörder. Schwarz gekleidet. An ihren schmutzigen Händen tragen sie weiße Handschuhe. Paarweise jagen sie uns aus der Synagoge.“

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ein roter Stern an der Uniform wäre wohl besser gewesen.)

„Liebe Schwestern und Brüder, wie schwer ist es, vom schönen Leben Abschied zu nehmen.“

(Udo Pastörs, NPD: Weiße Handschuhe! Das ist mir ganz neu.)

„Die Ihr am Leben bleibt, vergeßt nie unsere kleine jüdische Straße. Schwestern und Brüder, rächt uns an unseren Mördern.“ So Esther Srul, ermordet am 15. September 1942.

(Udo Pastörs, NPD: Da kann ich genauso aus dem Stalinismus zitieren, Herr Holter.)

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald hat

auch heute nichts an Aktualität verloren [...] Rechtsextremistische und neofaschistische Parteien und Organisationen versuchen heute wieder, mit ihren demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Ansichten und Parolen in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Eine umfassende, gründliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und den verheerenden Wirkungen des Hitler-Faschismus ist deshalb dringend geboten.

(Stefan Köster, NPD: Sie wünschen sich wieder die SED, ja?)

Es ist unerträglich, wie Altnazis und Neofaschisten versuchen, mit ihrem Geschichtsrevisionismus die Ursachen, das Ausmaß und die Besonderheit der nationalsozialistischen Gräueltaten zu relativieren, zu verharmlosen oder gar zu leugnen [...] wie die NPD versucht, Sprache und Ideologie des verbrecherischen Nationalsozialismus wieder salonfähig zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Es ist unerträglich, wie die Nazis versuchen, Täter zu Opfern und Helden zu stilisieren, wie sie den Schwächsten in der Gesellschaft den Kampf ansagen und wie sie unverhohlen damit prahlen, die Demokratie abschaffen zu wollen.

Es ist unerträglich, wie die Neonazis versuchen, die Köpfe der Kinder und Jugendlichen zu vergiften. Das dürfen wir Demokratinnen und Demokraten nicht zulassen.

(Stefan Köster, NPD: Dann müssen Sie vorher Gehirnwäsche machen.)

Jüngstes Beispiel des unerträglichen Agierens der NPD ist ihre Plakataktion in Vorpommern, die zu Recht vom Oberverwaltungsgericht gestoppt wurde.

[...] Sie sind menschenverachtend, volksverhetzend und verfassungsfeindlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Denn die demokratischen Fraktionen haben in der Landesverfassung den Artikel 18a verankert, der Handlungen für verfassungswidrig erklärt, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker oder Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören.

(Udo Pastörs, NPD: Es müsste definiert werden, was darunter zu verstehen ist. Das genau ist das Problem.)

Das friedliche Zusammenleben zu stören, genau das ist das Ziel des menschenverachtenden Treibens der Herren von der NPD und Ihres Schreiens, Herr Pastörs.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Gegen diesen Artikel verstoßen Sie doch laufend.)

[...] Ich möchte abschließen mit einem Zitat aus dem Vorwort von Thomas Mann

(Udo Pastörs, NPD: Der auch noch.)

zu dem Sammelband „Letzte Briefe zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand“:

„... Umsonst also, vom Leben übergangen und verworfen der Glaube, die Hoffnung, die Opferwilligkeit einer europäischen Jugend, ... die aber mehr wollte als nur widerstehen, sich als Vorkämpfer fühlte einer besseren menschlichen Gesellschaft. Umsonst? Zuschanden geworden ihr Traum und Tod? – Es kann so nicht sein!“ So Thomas Mann im März 1954. Ich füge hinzu: Es darf so nicht sein.“

Hans Kreher, FDP:

Wir wollen friedlich mit unseren Nachbarn zusammenleben“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] wer vorhin richtig zugehört hat, der kann eigentlich gar nicht solche Reden halten, wie Sie das eben getan haben, Herr Borrmann. [...] diese ganzen Zusammenhänge sind bei Herrn Dr. Nieszery zum Ausdruck gekommen, auch die Betroffenheit [...]

Ich war als junger Mann sehr viel in Polen. Ich bin dort getrampt, ich war unter anderem auch in Krakau. Dort traf ich einen alten [...] Apotheker. Der war polnischer Patriot und er hatte sehr viel persönlich in seiner Familie erlebt. Trotzdem sagte er zu mir: Wissen Sie eigentlich, dass es auch eine gemeinsame deutsch-polnische Ge-

schichte gibt? 1832 beim Hambacher Fest zogen deutsche und polnische Demokraten gemeinsam auf die Burg. [...] Gemeinsam haben sie für ein demokratisches Europa gekämpft. Es gab nicht immer die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen. Berlin, sagte er mir auch, war ein kultureller Schmelztiegel Europas, wo Deutsche, Polen, Hugenotten, Juden gemeinsam eine Kultur aufgebaut hatten, die eigentlich vorbildlich für Europa war, wo viele Völker zusammenkamen und etwas geschaffen hatten, was wirklich groß war. [...] Hamburg, [...] dort ist es doch gelebt worden. [...] Berlin war eine europäische

Stadt, die nur deshalb so bedeutend war, [...] weil viele kulturelle Einflüsse dort waren. Das sollten wir nicht vergessen, [...]

*(Udo Pastörs, NPD: Wir wollen Ihr Babylon nicht. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Und deshalb lassen Sie uns nicht von solchen Leuten in die Irre führen. Ich appelliere an alle in Mecklenburg-Vorpommern: [...] Tun Sie alles, damit diese Herren [...] uns nicht beschmutzen! Wir wollen friedlich mit unseren Nachbarn zusammenleben. [...] Ich habe mich gefreut, als ich hier auch im Schloss polnische Jugendliche begrüßen konnte, die hier ein wunderbares kulturelles Programm gegeben haben. [...] Umgekehrt kommen wir auch mit unserer Kultur nach Polen. [...] Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern weltoffen und tolerant bleibt. Und deshalb lassen Sie uns diesen europäischen Weg gehen. Wir kämpfen dafür gemeinsam [...]

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenardebatte am 24. September 2009.

Landesverfassungsgericht



Foto: Cornelius Kettler

Der Rostocker Rechtsanwalt Fabian Rüscht ist auf der Landtagssitzung am 23. September mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zum stellvertretenden Mitglied des Landesverfassungsgerichts gewählt worden. Im ersten Wahlgang stimmten 55 von 66 anwesenden Abgeordneten für ihn, acht stimmten mit Nein, drei Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Rüscht, der hier die Glückwünsche von Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel entgegen nimmt, tritt als stellvertretendes Mitglied die Nachfolge des verstorbenen Rechtsanwalts Achim Stracke an. Die Arbeit der Verfassungsrichter ist ehrenamtlich.

Landesverfassungsgericht

Das Landesverfassungsgericht M-V ist, wie der Landtag und die Landesregierung, selbst ein Verfassungsorgan des Landes. Es untersteht keiner Dienstaufsicht und ist keinem Landesministerium zugeordnet. Das Landesverfassungsgericht besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und fünf weiteren Mitgliedern. Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Der Präsident, der Vizepräsident und zwei weitere Mitglieder müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Im Übrigen sollen die Mitglieder im öffentlichen Leben erfahrene Personen des allgemeinen Vertrauens sein.

Das Landesverfassungsgericht spielt für die Anwendung und Auslegung der Landesverfassung eine ähnlich bedeutsame Rolle wie das Bundesverfassungsgericht bei der Anwendung und Auslegung des Grundgesetzes.
www.landesverfassungsgericht-mv.de

Werftenkrise

**Sondersitzung
im Wirtschaftsausschuss**



Foto: Jens Büttner

■ Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat auch bei den Wadan-Werften unseres Landes ihre Spuren hinterlassen. Anfang Juni 2009 hat das Unternehmen Insolvenz angemeldet. Am 1. August wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Rund 2.500 Schiffbauer sind von der Insolvenz betroffen und wurden zunächst in eine Transfergesellschaft überführt.

Auf den von der Linksfraktion in der parlamentarischen Sommerpause gestellten Antrag hin hat sich der Wirtschaftsausschuss in einer Sondersitzung am 1. September mit den aktuellen Entwicklungen bei den Wadan-Werften in Wismar und Rostock-Warnemünde befasst. Wirtschaftsminister Jürgen Seidel und Insolvenzverwalter Marc Odebrecht haben den Ausschuss über die Bemühungen bei der Suche nach neuen Investoren informiert. Auf Grund der Weltwirtschaftslage sei es äußerst schwierig gewesen, einen seriösen Kaufinteressenten für die Wadan-Werften zu finden. Neue Hoffnung für die Rettung der Werften gab es erst, als der ehemalige russische Energieminister Igor Yusufov, Aufsichtsratsmitglied bei Gazprom, sein Interesse an der Übernahme der Werften bekundet hatte. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Dmitri Medwedew haben die geplante Wadan-Übernahme durch den russischen Investor Igor Yusufov bei ihrem Gipfeltreffen in Sotschi befürwortet. Am

17. August hat der Gläubigerausschuss dem Verkauf zu einem Gesamtpreis von 40,5 Millionen Euro einstimmig zugestimmt. Die Hälfte des vereinbarten Kaufpreises wurde Ende August gezahlt.

Bis Anfang September war noch offen, ob die schwedische Reederei Stena Line an den Aufträgen zum Bau von zwei RoPax-Fähren durch die Wadan-Werften festhält. Die Landesregierung hat daher eine Bürgschaft von 120 Millionen Euro zur Sicherung der Fertigstellung der beiden Fähren übernommen. Diese soll als Brücke bis zum Wirksamwerden des von den Banken zur Verfügung gestellten Massekredits in Höhe von 194 Millionen Euro dienen.

Zwischenzeitlich hat sich Stena Line mit dem Investor über die Abnahme der bestellten Fähren geeinigt, die nun an den Standorten in Rostock-Warnemünde und Wismar fertig gestellt werden können.

Finanzausgleichsgesetz

**Scharfe Kritik von Kommunen
und Oppositionsfraktionen**

■ **Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) ist ein wichtiger Bestandteil der Kreisgebiets- und Funktionalreform, die vor der Sommerpause im Landtag in Erster Lesung beraten worden ist. Am 10. September fand im Innenausschuss eine öffentliche Anhörung statt. 20 Sachverständige, darunter Vertreter des Städte- und Gemeindetages, des Landkreistages, sowie zahlreicher Kommunen übten deutliche Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung.**

Grundsätzlich sprachen sich die Sachverständigen im Rahmen der Anhörung aber für eine Reform des FAG aus. Indes befürchteten sie infolge geänderter Finanzzuweisungen eine starke Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Dr. Gottfried Timm, erklärte zur Anhörung: „Den Parlamentariern geht es darum herauszufinden, wie sich das Gesetz unmittelbar in den betroffenen Kommunen auswirken wird. Ziel des FAG ist es, dau-

erhaft tragfähige kommunale Strukturen zu entwickeln und im Ergebnis die Zentren im Land zu stärken. Dabei spielen die Finanzzuweisungen und Finanzverteilung auf kommunaler Ebene eine zentrale Rolle.“

In der 77. Sitzung des Landtages, am 24. September 2009, fand eine Beratung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen DIE LINKE und der FDP (Drucksache 5/2799(neu)) statt. Mit dieser Initiative forderten sie die Landesregierung zu einer Überarbeitung des FAG auf. Die Antragsteller nahmen die Kritikpunkte der öffentlichen Anhörung zum Anlass, insbesondere die Gewährleistung einer angemessenen finanziellen Mindestausstattung zu fordern. Die Koalitionsfraktionen wiesen die Vorwürfe der Opposition zurück und riefen stattdessen zu einer konstruktiven Beteiligung an den Ausschussberatungen auf. Der Antrag der Opposition wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Innenausschuss wird unverzüglich nach Abschluss seiner Beratungen dem Landtag seine Beschlussempfehlung zur Zweiten Lesung vorlegen.

Torsten Renz rückt nach



Foto: Cornelius Kettler

Torsten Renz

Der CDU-Abgeordnete Werner Kuhn wurde bei der Europawahl am 7. Juni 2009 in das Europäische Parlament gewählt. Aus diesem Grund hat er sein Landtagsmandat nieder-

gelegt. Für ihn rückt von der Landesliste der CDU Torsten Renz nach, der dem Landtag seit dem 17. Juli 2009 angehört. Torsten Renz war bereits in der 4. Wahlperiode Mitglied des Landtages. Bei der Landtagswahl 2006 hatte er zunächst nicht den Sprung ins Parlament geschafft. Renz ist in seiner Fraktion für Innenpolitik und EU-Recht zuständig und ist stellv. Mitglied der Enquetekommission.

Werbung für M-V

Neubrandenburger Philharmonie spielte zum Tag der deutschen Einheit in Brüssel

Den Neubrandenburger Philharmonikern und Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ist es gelungen, in Brüssel, im Zentrum Europas, im Rahmen eines zentralen Ereignisses nachhaltige Werbung für Mecklenburg-Vorpommern zu machen.

Vor knapp 2000 geladenen Gästen fand am 2. Oktober im Palais der Schönen Künste in Brüssel die offizielle Feier der Bundesrepublik Deutschland zum Tag der deutschen Einheit statt – exakt am gleichen Tag, an dem 20 Jahre zuvor Tausenden von DDR-Bürgern im Hof der Prager Botschaft der Bundesrepublik ihre Ausreise in die BRD verkündet wurde.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die die Gäste im Namen der Büros und Vertretungen der deutschen Bundesländer in Brüssel begrüßte und auch in das Konzert der Neubrandenburger Philharmoniker einführte, nutzte in ihrer Rede die Gelegenheit, für Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere als Urlaubs- und Kulturland, zu werben. „Kommen Sie vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild. Kommen Sie vor allem nach Mecklenburg-Vorpommern – in das Bundesland mit den meisten Sonnenstunden, den schönsten Stränden und den meisten Fünf Sterne Hotels“, so Bretschneider. In ihrer Rede betonte sie die positive Entwicklung und die gewachsene eigene Identität in allen ostdeutschen Bundesländern seit dem Fall der Mauer vor 20 Jahren, sowie die gemeinsame Identität, die durch Vielgestaltigkeit geprägt sei und hervorragend zu dem Europamotto „In Vielfalt geeint“ passe. Sie verwies darauf, dass die jüngere deutsche Geschichte untrennbar mit Europa verbunden und die gemeinsame deutsche Identität ohne Europa nicht vorstellbar sei. Dabei ging sie auch auf die in-



Nach dem Konzert - Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider im Gespräch mit Stefan Malzew, Chefdirigent der Neubrandenburger Philharmonie.

tensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit den benachbarten polnischen Woiwodschaften ein.

Unter der Leitung von Chefdirigent Stefan Malzew spielte die Neubrandenburger Philharmonie – die im Übrigen schon das 10. Jahr in Folge in Brüssel ein Konzert gab – Werke von Peter Tschaikowski, Aaron Copland, Dimitri Schostakowitsch, Arthur Honegger sowie Maurice Ravel und riss das Brüsseler Publikum zu wahren Beifallsstürmen hin.

Landtag vor Ort



Am 12. September beteiligte sich der Landtag am Lindenfest in Lübbtheen – mit dabei auch Erstliga-Volleyballerinnen des Schweriner SC. Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm – flankiert von den Mittelblockerinnen Sandra Gutsche und Anja Brandt sowie Außenangreiferin Julia Retzlaff (v.l.).



Am 30. September machte der Landtag in Neustrelitz Station. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider mit Schülern am Demokratie-Glücksrad.

**Mecklenburg
Vorpommern** 
Landtag

WIR. Erfolg braucht Vielfalt



Foto: Stefan Janssen

(Adressfeld für Abonnenten)

Am 19. August stattete der Botschafter der Republik Indien, S. E. Sudhir Vyas, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern seinen Antrittsbesuch ab. Nach der Begrüßung durch den 2. Vizepräsidenten des Landtages, Andreas Bluhm, trug sich der Diplomat in das Gästebuch ein. In dem anschließenden Gespräch erläuterte Andreas Bluhm unter anderem die Entwicklung des Landtages sowie die aktuelle politische Situation im Land. Überdies interessierte sich der Botschafter für das politische Engagement junger Menschen in unserem Land sowie für die politischen Instrumente, mit denen Mecklenburg-Vorpommern auf die besonderen demographischen Herausforderungen der Zukunft reagiert.



Foto: Stefan Janssen

Im Rahmen des transatlantischen Austauschprogramms des Partnerschaft der Parlamente e. V. stattete eine Parlamentarier-Delegation aus den kanadischen Provinzen Saskatchewan und Alberta dem Landtag am 28. Juni einen Besuch ab. Nach dem Eintrag in das Gästebuch informierten sich die Gäste in einem Gespräch mit der 1. Vizepräsidentin des Landtages, Renate Holznagel, über die Geschichte und den Aufbau des politischen Systems in Mecklenburg-Vorpommern. Weitere Gesprächsthemen waren die Arbeit des Landtages sowie die Bedeutung der Landwirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern. Eine Schlossbesichtigung sowie eine Führung über das Gelände der Bundesgartenschau rundeten das Besuchsprogramm ab.
(v.l. Vizepräsidentin Renate Holznagel mit Ty Lund, Delegationsleiter und Member of the Provincial Legislative Assembly der Provinz Alberta)

Eine Taufe der besonderen Art konnte die Präsidentin des Landtages, Sylvia Bretschneider, am 3. September vornehmen. Im Rahmen der 17. BUGA-Hallenschau, die unter dem Motto „Von der Schönheit und Versuchung – die große Dahlienschau“ stand, wurde sie Taufpatin einer Dahlienneuzüchtung mit dem Namen „Schweriner Schloss“. Die reinweiße Dahlie stammt aus der Zucht des Österreichers Peter Haslhofer, dessen Dahlien bereits mehrfach international prämiert wurden.



Foto: Stefan Janssen

„Ich bin sehr beeindruckt von der Stadt Schwerin, deren Schloss und den Bürgern, die so viel geleistet haben, dass ihre Stadt so schön, gepflegt und grün ist.“
So lautet der Gästebuch-Eintrag des Botschafters der Republik Bulgarien, S.E. Ivo Petrov, der dem Landtag am 27. Juli seinen Antrittsbesuch abstattete. Begrüßt wurde der Diplomat durch den 3. Vizepräsidenten Hans Kreher. Im Rahmen seines Besuchs von Mecklenburg-Vorpommern traf Ivo Petrov, der seit April dieses Jahres Botschafter der Republik Bulgarien in der Bundesrepublik Deutschland ist, auch mit Ministerpräsident Erwin Sellering, der Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin Hans Thon zusammen.



Foto: Ralph Schmalz